Plenarprotokoll

100. Sitzung

Donnerstag, 15. Oktober 2015

Gemeinsame Beratung 8421

a) Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 18/3396
"Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge"

- Aufruf gemeinsam mit:
b) Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 18/3404(neu)
"Nur Integration schafft Perspektiven"

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Grünen und der Abg. des SSW - Drucksache 18/3474
"Deutschland ist ein Einwanderungsland"

Änderungsantrag der Fraktion der Piraten - Drucksache 18/3477
- Aufruf gemeinsam mit:

c) Antrag der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 18/3413
"Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein koordinieren"
- Aufruf gemeinsam mit:

d) Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW - Drucksache 18/3419
"Studienzugang für Flüchtlinge"
- Aufruf gemeinsam mit:

e) Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/3421
"Rechtsfreie Räume verhindern"
- Aufruf gemeinsam mit:

f) Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/3422
"Berichtsantrag — Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens vom 24.09.2015 in Berlin sowie des Treffens mit den kommunalen Vertretern am 30.09.2015 in Kiel zur Flüchtlingspolitik"
- Aufruf gemeinsam mit:

g) Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der

Abgeordneten des SSW - Drucksache 18/3425
"Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicher stellen"
- Aufruf gemeinsam mit:

h) Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/3426
"Rechtsstaat durchsetzen — Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünfte"
- Aufruf gemeinsam mit:

i) Bericht der Landesregierung - Drucksache 18/3340
"Bericht zum Antrag ´Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein´"

"Bericht zum Antrag ´Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes´"(Ausschussüberweisung am 18. September 2015)
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses - Drucksache 18/3399
- Aufruf gemeinsam mit:

j)) Änderungsantrag (selbstständig) der Fraktion der PIRATEN - Drucksache 18/2449
"Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa – Asylgesetzgebungen anpassen"(Ausschussüberweisung am 18. September 2015)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses - Drucksache 18/3427
- Aufruf gemeinsam mit:

k) Mündlicher Regierungsbericht:
"Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein"
Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 18/3343(neu)
(Landtagsbeschluss vom 18. September 2015)

Angelika Beer (PIRATEN) ...…… 8485

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst auf einen Punkt des Kollegen Kubicki beziehen, der, so habe ich das jedenfalls verstanden, das **Handeln der Bundeskanzlerin im September** infrage gestellt hat, als die Menschen an den Grenzen standen und nicht weiterkonnten. Das Wort

„alternativlose Entscheidung“ ist gefallen. Ich sage selbst: Ja, das war zu dem Zeitpunkt alternativlos, weil die Kanzlerin viel zu spät gehandelt hat. Trotzdem war dies zu diesem Zeitpunkt richtig.

Ich habe auch heute Morgen, als der Ministerpräsident gesprochen hat, den Eindruck von alternativlosen Entscheidungen gehabt. Ich hatte das Gefühl, irgendwie hat er heute auch die Reißleine gezogen, und zwar im Gegensatz zu der Regierungserklärung von vor drei Wochen, als noch heile Welt herrschte, als noch alles heil und schön war. Heute hat er zum ersten Mal – ich glaube – fünfmal das Wort **Realität** in den Mund genommen, was sicherlich gut ist.

Ich begrüße, dass er heute in der Realität angekommen ist. Allerdings fehlt ihm noch immer der Mut, nach vorn zu gucken. Stattdessen ist er aus meiner Sicht, Teil des Problems, denn zwischen heute Morgen und heute Nachmittag ist etwas geschehen. Es gab eine **Bundestagsdebatte** und eine Abstimmung über die morgen bevorstehende **Verschärfung des Asylgesetzes**. Wie erwartet, hat die große Mehrheit von CDU und SPD zugestimmt. Es ist heute Morgen ausgeführt worden: Morgen wird der Ministerpräsident im **Bundesrat** mit Einverständnis der Grünen und des SSW ebenfalls zustimmen. Darin sehe ich einen Teil des Problems und auch ein Stück Ignoranz gegenüber dieser Debatte, denn vieles von dem, was wir heute diskutieren, hätte schon viel früher – vor drei oder viel Wochen – diskutiert werden müssen, als dieser Ministerpräsident sich schlichtweg geweigert hat, Probleme wahrzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Regierungspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier in Schleswig-Holstein haben sich wirklich nicht mit Ruhm bekleckert. Wenn der Grund für die Zustimmung nur der vermeintliche Sachzwang der Handlungsfähigkeit ist, dann sage ich: Wer Politik so definiert und einfach nur darüber hinwegtäuschen will, das er einem Placebo zustimmen wird, der ist nicht aufrichtig. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Ich weiß, Sie hören das nicht gern, aber das ist doch ein Hütchen-Spiel, was die Grünen machen. Im Bundestag haben sie sich heute enthalten, und mit einer Ausnahme von Bremen werden sie morgen im Bundesrat zustimmen. Wo ist denn da die **politische Aufrichtigkeit**?

Weil morgen der Bundesrat tag, haben wir heute einen Änderungsantrag gestellt, den wir heute als eigenständigen Antrag zur Abstimmung stellen möchten, Frau Präsidentin; denn dieser Änderungsantrag bezieht sich auf das

Abstimmungsverhalten der Landesregierung morgen im Bundesrat. Das ist der Antrag Drucksache 18/3477 .

Ich möchte in der Replik auf heute Morgen auch noch auf eine Aussage von des Herrn Kubicki eingehen. Ich freue mich, dass Herr Kubicki jetzt an der Debatte teilnimmt. Gut, es ist nicht die Entscheidung von Schleswig-Holstein, ob wir über **militärisch gesicherte Schutzzonen** diskutieren; aber auch diese Frage gehört zu einer umfassenden Debatte. Gleichwohl sollten wir das noch einmal gesondert analysieren.

Der Vorschlag, eine gesicherte Schutzzone in **Syrien** einzurichten – so habe ich Sie verstanden – ist aus meiner Sicht sehr kurzfristig und auch riskant, weil niemand von uns ausschließen kann, das dadurch eine Eskalation in der Region erst richtig losgetreten oder noch verschärft wird. Wie soll das denn aussehen, wenn auch die Bundeswehr als Partner der NATO zwischen den Fronten von Assad, IS, USA und Russland steht, wenn dort keine politisch Einigung darüber erzielt wird, wie man mit Assad umgeht. Was machen wir dann?

Wir sollten gleichzeitig auch nach Afghanistan gucken, wo gerade das Kontingent der NATO reduziert wird und wo bestimmte Teile des Landes dann wieder Bundeswehr- und NATO-frei. Sollen wir dann dort auch diese Schutzzonen einrichten? Denn es ist ja absehbar – auch das gehört zur Realität – dass zukünftig auch aus Afghanistan mehr Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen werden, weil die Menschen dort durch die Taliban und den IS gefährdet sind. Auch das können wir militärisch nicht lösen.

Schauen wir weiter nach Ägypten, wo so viele Deutsche gern Urlaub machen. Dort gibt es, gerade auch im Sinai, zunehmend Konflikte, militärische Auseinandersetzungen und Anschläge auch des IS. Sollen wir dann auch dort Militär einsetzen, um Touristen zu schützen oder zu evakuieren? Das alles ist doch etwas kurzfristig und ohne Strategie. – Herr Kubicki.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Beer lässt eine Frage des Abgeordneten Kubicki zu, dem ich jetzt das Wort erteile.

Wolfgang Kubicki (FDP):

Frau Kollegin Beer, ich stimme Ihnen zu, dass das eine kurzfristige Maßnahme wäre, wie übrigens auch auf dem Balkan Ende der 90-er Jahre. Ich stimme Ihnen auch zu, dass wir eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten haben müssten, an der alle Beteiligten, einschließlich der Weltmächte, teilnehmen müssten, um eine langfristige Lösung zu initiieren.

Ich habe mich auch deshalb zu Wort gemeldet, weil Ihnen möglicherweise entgangen ist, dass die Vereinigten Staaten heute entschieden haben, ihre Truppen in Afghanistan länger zu stationieren, weil sie festgestellt haben, dass die afghanische Regierung nicht in der Lage ist, die Sicherheit im eigenen Land zu gewährleisten. Dies geschieht, um genau dem Phänomen vorzubeugen, das Sie beschrieben haben, dass nämlich mehrere Hunderttausende oder Millionen Menschen aus Afghanistan sich auf den Weg machen, aus Angst um ihre Sicherheit, die in ihrem eigenen Lande nicht mehr gewährleistet werden kann, wenn die Taliban weiter vorrücken.

Angelika Beer (PIRATEN):

Herr Kollege Kubicki, ich weiß, dass so entschieden worden ist. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Experten genau dieses schon lange vorausgesagt haben, weil der Rückzug der **NATO** ein politischer Beschluss war und nicht etwa auf der Grundlage der Sicherheitslage über einen bestimmten Zeitraum in Afghanistan selber erfolgte. Auch wir haben viele Jahre lang den Einsatz in Afghanistan befürwortet, der dem Schutz der Menschen dort dient. Deswegen erwarten wir, dass man auch langfristig überlegen muss, ob man nach politischem Kalkül Sicherheitstruppen einsetzt oder ob man sagt: „Wir können nicht, auch wenn wir gern wollten, wir müssen da bleiben.“ Und die Situation ist jetzt eingetroffen. Ich gehe davon aus, dass die NATO die gleiche Entscheidung treffen wird und auch die Bundeswehr ihr Kontingent wieder aufstocken wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehmen das Stichwort **Balkan** gern nochmal auf, weil der Einsatz der NATO und die Unterstützung der Luftangriffe nicht vom Völkerrecht gedeckt sind. Dies führt heute doch zu dieser absolut paradoxen Situation, dass die NATO und Bundeswehr auch heute noch im Kosovo stationiert sind, während zeitgleich mit großer Unterstützung der Kosovo als sicheres Herkunftsland anerkannt wird. Wo ist da eigentlich die Logik? Wo ist da die politische Strategie?

Oder soll die Bundeswehr dort bleiben, damit sie die Leute schützt, die wir dann wieder ins Kosovo abschieben, weil sie uns nicht passen? Das geht überhaupt nicht.

Jetzt komme ich auf die Anträge für die heutige Debatte zu sprechen. Ich möchte mich zunächst auf den **Antrag** der **CDU-Fraktion** zum Thema „Integration schafft Perspektiven“ konzentrieren. Ich glaube, unser Problem mit diesem Antrag - über Einzelheiten kann man ja reden – ist der **Duktus**.

Ich will nur einige Vokabeln nennen, die in dieser Situation, in der jeder darauf achtet, wie Politik diskutiert und wohin sie will, eben falsch sind.

Da heißt es zum Beispiel, dass „Deutschland an die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit stößt.“ Das ist nicht unterlegt, keine Fakten, nichts. Zweites Beispiel: „den weiteren Zustrom zu begrenzen, den Flüchtlingsstrom zu begrenzen.“ Das sind alles Vokabeln, Ressentiments und Vorurteile, die bei denen, die Angst haben, diese befördern.

Weiter heißt es: „… den aktuell bestehenden Flüchtlingsstrom einzudämmen und konsequent zurückzuführen.“ Das ist nicht die Sprache einer christlich-demokratischen Partei, wie ich sie mir vorstelle, die die jetzige Situation wirklich ernst nimmt. Deswegen bin ich und sind wir PIRATEN wirklich entschiedene Kritiker, wenn vonseiten des Bundeskanzleramtes und der Landesregierung bei uns Worte benutzt werden wie „Fehlanreize abschaffen und beseitigen“. Das schafft den überflüssigen Neid zwischen denen, die sich bei uns benachteiligt fühlen, den Obdachlosen, den sozial Schwachen und denen, die unsere Überlebenshilfe brauchen. Dieses Vokabular ist eher eine Verschärfung der Situation bei uns, als eine Hilfe.

In Richtung der CDU und des Antrags dieser Fraktion sage ich auch dieses: Gesellschaftliche Überforderung ist es doch nur dann, wenn der Bund und das Land die Menschen vor Ort mit den Herausforderungen alleine lassen. Das ist zurzeit immer noch der Fall. Ich sehe die Gefahr, dass Bund und Land aus Kostengründen die Last durch ehrenamtlich tätige Bürger und Menschen tragen lässt, mit der Folge, dass deren Engagement zu sehr überdehnt wird. Das ist heute Morgen sehr konkret beschrieben worden. Die Ehrenamtlichen und auch die Hauptamtlichen wissen nicht mehr, wie sie die nächsten Tage die dringend notwendige

Unterstützung für Flüchtlinge leisten können. Dahin gehört die erste Initiative der Landesregierung, auch wenn sie Geld kostet.

Noch einmal zurück zu dem Flüchtlingsstrom. Die Aussage in Ihrem Antrag: „… kann nicht eingedämmt werden …“, widerspricht unserem Grundgesetz. Asylrecht ist ein **gesellschaftlicher und kultureller Grundwert** und **in keiner Weise verhandelbar.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir PIRATEN vermissen das Bekenntnis der CDU, dass wir auf der Grundlage unseres **Grundgesetzes**, der **Genfer Flüchtlingskonvention** und es Protokolls über die Rechtstellung der Flüchtlinge, Verfolgten und Vertriebenen den notwendigen Schutz gewähren, gewähren wollen und gewähren müssen. Diese Selbstverständlichkeit findet sich in keinem ihrer Anträge wieder. Das macht mich nachdenklich.

Am Grundrecht auf Asyl kann und darf nicht gerüttelt werden. Auch ein Aufnahmestopp ist übrigens rechtlich, ohne eine erneute Änderung des Artikels 16 a Grundgesetz, nicht umsetzbar. Eine solche werden wir konsequent bekämpfen.

Noch einmal: Es darf keinen Wettbewerb darin geben, die Flüchtlinge möglichst schnell nach Ungarn, Griechenland oder Italien zurückzuführen. Auch diese Staaten müssen mit den Herausforderungen fertig werden und eine radikale Umsetzung von Dublin ist diesen Staaten nicht vermittelbar, beziehungsweise dient es nicht der humanitären Entlastung auch dieser Staaten. Das Recht haben sie durchaus.

Deswegen haben wir gesagt: **Dublin III** ist gescheitert. Das hat dieser Landtag im Mai beschlossen. Es ist dieser Ministerpräsident, der morgen im Bundesrat auch mit seiner Lobhuldigung auf Frau Merkel heute Morgen fortfahren wird, die gesagt hat, sie wolle alle Maßnahmen in Gang setzen, damit Dublin III wieder hält. Sie will also eine Verschärfung der Grenzen am Rande Europas. Das stellt zumindest eine Ignoranz gegenüber dem dar, was hier beschlossen worden ist. In Richtung SPD und Grüne muss ich leider sagen: Auch Sie kippen um, und zwar in einer Halbwertzeit von vier Monaten. Das ist verdammt wenig, wenn es um humanitäre Grundrechte geht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Angelika Beer (PIRATEN):

Sehr gern.

Dr. Garg (FDP):

Dankeschön, Frau Kollegin. Ich habe nur eine Verständnisfrage. Ich habe Ihnen vielleicht nicht richtig zugehört. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass dieser Landtag, wann auch immer, beschlossen hat, dass **Dublin III** gescheitert ist.

Angelika Beer (PIRATEN): ……...… 8488

Was?

Dr. Garg (FDP):

Ich kann mich nicht an einen Beschluss des Landtags erinnern, dass Dublin III gescheitert ist.

Angelika Beer (PIRATEN):

Sie haben den Beschluss nicht mit unterstützt, Herr Dr. Garg. Das war ein Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PIRATEN und den Abgeordneten des SSW. Darin heißt es: „… die Dublin-Verordnung abgeschafft und stattdessen ein europaweit solidarisches System der Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten eingerichtet wird.“

Das ist Bestandteil dieses Antrags. Das, was diese Landesregierung, aber auch die Große Koalition in Berlin beschließt, ist genau das Gegenteil von dem, was hier Konsens war.

Ich möchte auf die **traumatisierten Einwanderer und Zuwanderer** eingehen, und zwar unabhängig von Geschlecht und Alter. Sie brauchen geschulte Ansprechpartner und Hilfsangebote. Die Realität sieht jedoch anders aus.

Ich gebe dem Ministerpräsident Recht, das wir diese Kapazitäten im Moment nicht versprechen können. Das ist richtig. Ich kann mich aber nicht damit zufrieden geben, dass er in seiner Regierungserklärung heute Morgen gesagt hat, es tue ihm wahnsinnig leid, wenn ein minderjähriger traumatisierter Flüchtling vor ihm stähe und er diesem sage müsse: „Du musst leider ein paar Monate warten, bis du behandelt werden kannst.“ – Eine solche Aussage zeigt nicht, dass wir die Herausforderungen annehmen, sondern bringt nur zum Ausdruck, dass wir leider daran nichts ändern können. Das macht misstrauisch, und das ist auch nicht im Interesse der Flüchtlinge.

Wir wissen doch alle, das wir bis vor Kurzem in Boostedt eine Situation hatten mit den 2000 Flüchtlingen, die jetzt – ich habe gehört, dort sind inzwischen schon mehr Flüchtlinge untergebracht. Am Wochenende war lediglich das Wachpersonal vor Ort. Dort sind 2000 Flüchtlinge und wir wissen nicht, wie viele davon traumatisiert sind, beziehungsweise waren. Das Wachpersonal hat von sich aus gesagt, dass es sich nicht in der Lage sehe, zu entscheiden, wann ein Flüchtling mit Magenschmerzen oder etwas anderem kommt, ob dieser ins Krankenhaus gebracht werden müsse oder nicht.

Das sind Sachen, die wir alle zusammen anpacken müssen. Das darf es nicht geben. Das ist nicht weniger schlimm, als eine Unterkunft im Zelt, das nicht beheizt ist.

Der Landesvorsitzende der Nord-CDU, Ingbert Liebing, hat mit seiner Forderung nach einer „Verabschiedungskultur“ die christdemokratische Debatte über die **deutsche Leitkultur** eröffnet. Ich bin froh, dass unser Kollege heute Morgen hier einen anderen Ton angeschlagen hat. Ich sehe in der Tat eher die Landes-CDU, und das ist gut so. Zumindest sie unterstützt den humanitären Ansatz von Kanzlerin Merkel. Es geht darum, einer verbalen Abgrenzungskultur eine Absage zu erteilen.

Ich betone das deshalb, weil der zukünftige Spitzenkandidat als Ministerpräsident gewählt werden will. Wenn das passieren sollte, dann sollten sich die Flüchtlinge besser ein anderes Bundesland aussuchen.

Ich komme jetzt zum **Änderungsantrag** der **Koalitionsfraktion**. Ich kann mich kurzfassen. Als ich diesen gelesen habe, habe ich mir gedacht: Okay, das ist ein Wohlfühltext für die Koalition. Wahrscheinlich können wir davon ausgehen, dass wir auch wieder so eine Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten bekommen, der eigentlich alles ganz schön bei uns findet.

Nun hat der Ministerpräsident zum ersten Mal ein bisschen Klartext geredet. Ich sage Ihnen aber: Auch ein **Wohlfühltext** nach der bisherigen moralischen Aufwertung von Koalitionsseite hilft den Flüchtlingen nicht weiter. Dieser hilft der Politik bei der Suche nach Antworten nicht weiter.

Ich sage auch – und stelle dazu für die Fraktion der PIRATEN fest: Eine „**Rückkehr in Würde**“, das ist doch eine Farce. Man kann nicht zwischen guten und schlechten Flüchtlingen unterscheiden. Eine Abschiebung, eine Rückkehr, kann man nennen wie man will. Sie selbst haben heute Morgen ausgeführt, dass viele, die zum Beispiel aus den Balkanländern zu uns kommen, keine Überlebensperspektive haben. Dann darf es auch keine Rückkehr in Würde geben, weil es diese im realen Leben nicht gibt.

Integration fängt mit der Sprache an. Bildung ist ein Menschenrecht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte, dass ich mitten im Satz frage, ich war gerade abgelenkt. Der Kollege Stegner bittet um eine Bemerkung. Lassen Sie diese zu?

Angelika Beer (PIRATEN):

Ja, natürlich.

Angelika Beer (PIRATEN):

Herr Kollege Stegner, solange Sie Mitglied der Landesregierung sind – Entschuldigung. Möglicherweise werden Sie es zukünftig sein. Ich wollte jetzt aber über hier und heute reden. Solange Sie in dieser Koalition sind und diese Koalition die Landesregierung stellt, würde ich sagen, dass ich Ihnen vertraue, dass Sie das so meinen und das auch so passiert.

Trotzdem bedauere ich zutiefst, dass Sie nicht die Courage hatten, den **Winterabschiebestopp** ebenso wie im vergangenen Jahr zu erlassen, dass Sie dabei eingeknickt sind. Wir werden sehr genau aufpassen. Wenn sich die politischen Mehrheitsverhältnisse ändern sollten, dann gibt es keinen Garanten dafür mehr, dass diese Abschiebung in Würde, wie Sie sie definieren, Herr Dr. Stegner, tatsächlich durchgeführt wird. Dafür hätten Sie dann die Verantwortung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Stegner?

Angelika Beer (PIRATEN):

Ja.

Dr. Ralf Stegner (SPD):

Ich würde gerne, bezogen auf den **Winterabschiebestopp** ausdrücklich Wert darauf legen – wir haben das auch kommuniziert -, dass wir nicht formal die Jahreszeit festlegen. Das kann man nach geltendem Recht in der Tat für sechs Monate tun. Hinsichtlich der Frage der humanitären Kriterien, wen man zurückschickt und wohin, wird sich in der Praxis aber nichts ändern. Das hat der Innenminister ausdrücklich zugesagt. Wir sind auch nicht daran interessiert, dass der Eindruck entsteht, dass jeder, der keine Berechtigung hat, deswegen nach Schleswig-Holstein kommt, weil Schleswig-Holstein das einzige Land ist, das formal erklärt, dass es für eine bestimmte Frist so verfährt. Das ist der einzige Grund. Ich will ausdrücklich sagen, dass sich an der humanitären Praxis nichts ändert. Das hat der Innenminister eindeutig hier gesagt. Das sind übrigens die gleichen Kriterien, die wir teilweise als Abschiebehindernisse haben.

Deswegen kann ich auch nichts damit anfangen, wenn hier Statistiken vorgetragen werden, in denen uns vorgehalten wird, wir würden nicht genug abschieben. Dazu kann ich nur sagen: Ich bin stolz auf eine Landesregierung, die humanitäre Kriterien anwendet bei der Frage, ob Menschen in Länder zurückgeschickt werden. Dass das nicht in Not geschieht und dass niemand in elende Verhältnisse abgeschoben wird, darauf ist unsere Koalition jedenfalls stolz, und dabei werden wir auch bleiben.

Angelika Beer (PIRATEN):

Herr Kollege Stegner, das sei Ihnen zugestanden. Das will ich auch gar nicht strittig stellen. Ich sage ja auch nicht, dass jeder, der kommt, unbedingt bleiben kann. Es ist zu differenzieren. Das ist vollkommen klar. Ich sage Ihnen aber auch als Oppositionsabgeordnete: Solange wir ein Kommunikationsdesaster haben, nicht nur gegenüber den Kommunen, sondern auch gegenüber dem Parlament und dem entsprechenden Ausschuss, solange wir als Opposition nicht einmal die Möglichkeit haben, über legale Instrumente wie zum Beispiel den längst überfälligen **Bericht der Härtefallkommission** zu kontrollieren, ob Ihre Zusagen eingehalten werden, wenn mir auf eine Anfrage zur Härtefallkommission, warum der Bericht seit über einem halben Jahr säumig ist, vom Innenminister geantwortet wird, man habe leider keine Kapazitäten, diesen Bericht zu erstellen, woran soll ich denn dann messen, ob die Aussage richtig ist?

Dann kann ich nur raten: Setzen Sie sich mit Minister Studt und ihrem Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen zusammen und regeln Sie, wie das Parlament, aber vor allem die Menschen korrekt unterrichtet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte noch **die Sprache und die Bildung** als Menschenrecht ansprechen. Es gibt ein Problem, auf das auch ich keine Antwort habe. Bereits jetzt leidet die Bildung in Schleswig-Holstein unter dem strukturellen Unterrichtsdefizit aufgrund von Krankheiten. Das ist einfach ein Fakt. Die GEW in Schleswig-Holstein geht davon aus, dass zusätzliche 1000 Lehrerstellen notwendig sind. Die gemeinsame Sitzung von Finanzausschuss, Sozialausschuss und Bildungsausschuss hat gezeigt, dass sich die Ministerien nicht einmal auf eine Zahl einigen können. Wie ist das dann in Verbindung zu bringen mit einem solchen Antrag? Wie soll es dann gelingen, wenn nicht einmal innerhalb der Ministerien in diesem engen Bereich der Bildung, der so entscheidend ist, eine Einigung erfolgen kann? – Ich verstehe nicht, wie hier regiert wird. Entschuldigung, das ist mir unbegreiflich – in einer Situation, in der wir sagen: Es ist eine neue Situation entstanden. Das sagen wir doch alle. Aber dann gibt es auch eine Bringschuld der Regierung. Da gibt es im Moment mehr Minus als Plus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist eine **Voraussetzung für Integration**, und ich sage hier auch ganz kurz: Das Endziel derjenigen, die zu uns kommen, ist die „Endstation Sehnsucht“, ist doch nicht die Erstaufnahmeeinrichtung. Integration ist eine jahrelange Aufgabe, eine mühsame Aufgabe. Wir können nicht so tun, als wenn in zwei Jahren das Ganze einfach so erledigt wäre. Nein, Jahrzehnte werden wir integrieren müssen, weiter integrieren, um in einer kulturell bereicherten Gesellschaft zusammenzuleben.

An dieser Stelle möchte ich zu unserem **eigenen Antrag** kommen, der sich allerdings auch auf den SPD-Antrag bezieht. Der SPD-Antrag lobt die Seite: „engagiert-in-SH.de“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben beantragt, dass die Landesregierung eine **Internetseite einrichtet**, genauso wie die Staatskanzlei NRW es gemacht hat, transparent, man kann alles eingeben: Ich habe Sprachkenntnisse – ich suche Sprachkenntnisse; ich habe die und die Hilfsgegenstände, ich lebe in der und der Region – wir brauchen dieses und jenes. – Das wird alles für das ganze Bundesland zentral aufgezeigt. Jede Hilfe kann koordiniert und zum richtigen Ort gebracht oder angefordert werden. Das ist das, was man braucht, um Ehrenamt zu erleichtern – und nicht eine Bleiwüste von Links, bei denen man noch nicht einmal weiß, auf welcher Seite man sich letztendlich befindet. Da ist selbst die Wikipedia-Seite der Flüchtlingsseite Kiel besser, die genau die Kriterien wie die Staatskanzlei NRW hat. Fassen Sie sich ein Herz und stimmen Sie unserem Antrag zu. Machen Sie etwas was nichts kostet und **entlasten Sie das Ehrenamt** von heute auf morgen.

Dann muss ich auch auf **unseren Antrag zum Soli** eingehen. Lieber Kollege Harms, ich habe Ihnen sehr genau zugehört, Sie sind darauf eingegangen. Vielen Dank dafür. Die anderen haben es bisher ignoriert. Aber vielleicht haben sie nur die Überschrift und nicht unseren Antrag selbst gelesen. Ich will den noch einmal vorlesen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Beratung des Länderfinanzausgleiches dafür einzusetzen, den 2019 auslaufenden Solidaritätszuschlag, sogenannten „Soli“, zukünftig als Steuer zu erheben, die dem allgemeinen Steueraufkommen der Länder zugerechnet wird, damit die Länder den Herausforderungen, wie zum Beispiel durch Flüchtende, Haushaltskonsolidierung und auch Investitionsstau gerecht werden können.“

Es ist kein Antrag, der sich nur auf die Unterstützung der Flüchtlinge richtet, sondern er versucht, eine **strukturelle Haushaltssicherheit** über die Zeit von 2019 hinaus zu geben.

Ich sehe darin keine Stigmatisierung der Flüchtlinge und auch nicht das, was Sie uns heute Morgen vorgeworfen haben, dass wir damit – so sage ich es einmal – Unterschiede zwischen sozial Schwachen und Flüchtlingen verschärfen. Ganz das Gegenteil ist der Fall; denn es geht doch darum, das ist kein Vorwurf an diese

Regierung oder wenn nur, dann an die letze -: Über Jahrzehnte haben wir Defizite in Kauf genommen, ignoriert, weggeredet oder schön geredet – bei der Bildung, beim sozialen Wohnungsbau, bei der inneren Sicherheit, bei der Konsolidierung des Haushalts. Es ist nun einmal so, dass durch die Flüchtlinge, die Vertriebenen, die jetzt zu uns kommen, die in großen Mengen kommen, diese Defizite, die alle Angehörigen der letzten Regierungen zu verantworten haben, von heute auf morgen auf dem Tisch liegen. Wir haben damals damit nichts zu tun gehabt, aber ich sage auch ganz klar:

Wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen allen dazu gute Ideen zu erarbeiten. Das ist das, was wir mit unserem Antrag tun, Kollege Harms: Nicht das Schüren von Ungerechtigkeit, sondern wir haben einen **Sachantrag** gestellt und hoffen auf eine etwas **sachlichere Debatte in den Ausschüssen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme jetzt auch zum Schluss. Wir hoffen auf eine zügige Beratung. Die ist bisher nicht erfolgt, weil der Innenminister nicht in den Ausschuss kommen konnte und weil jemand, der aus dem Innenministerium geschickt worden war, gerade aus dem Urlaub gekommen war und zu den Sachen nichts sagen konnte. Dafür haben wir Verständnis. Das zeigt die Überbelastung des Innenministeriums. Das zeigt aber auch noch einmal die **Notwendigkeit eines eigenen Integrationsausschusses**.

Wir haben einen **Antrag** gestellt, um eine **Beschleunigung der Asylverfahren** und **sichere Herkunftsländer** zu definieren. Ich glaube, dass das sehr viel mehr zur schnellen Entlastung führen würde. Das ist gar nicht so weit von einigen Aussagen seitens der FDP-Kollegen entfernt. Vielleicht können wir uns da noch einmal zusammensetzen und schauen, ob wir etwas Gemeinsames finden.

Ich will nur unterstreichen, dass das, was hier einmal in der Forderung nach Botschaftsasyl, Kritik an Eurosur, an Frontex, an der Dublin-Verordnung Konsens war, genau heute bei der Sonderkonferenz der Europäischen Union mit den Ministerpräsidenten wieder einkassiert wird. Das ist der Schritt zurück.

Für uns heißt eine neue Flüchtlingspolitik, diese **sicheren und unsicheren Herkunftsländer festzulegen**. Mein Kollege Torge Schmidt hat die anderen Kriterien schon benannt. Deswegen bleibt mir eigentlich nur die Bitte – zurückkommend auf die Einleitung von Klaus Schlie heute Morgen -: Wir müssen hier schon die **politischen Differenzen** diskutieren. Ich mache das jetzt einmal ähnlich wie der Kollege Klug und sage: Wenn es so ist, das wir uns im Moment

gerade aufgrund der aktuellen Situation verändern, wenn wir wissen, dass wir die Chance haben, dies positiv zu gestalten, dann ist es in der Tat erneut eine historische Aufgabe.

Ich erinnere mich gut daran, als die deutsche Bundesregierung erstmals vor die Frage gestellt war, militärisch einzugreifen, um einen möglichen Völkermord, nämlich in Srebrenica zu verhindern, als der damalige Bundespräsident alle Parteien zusammengerufen und auch sehr klar formuliert hat, welche Verantwortung das für alle politischen Kräfte im Land mit sich bringt. Ich sage im Nachhinein: Wir haben damals Fehler gemacht, auch in den Entscheidungen, weil wir versucht haben, uns mit moralischen Argumenten um Sachentscheidungen herumzudrücken oder die Notwendigkeiten nicht vollends auf den Punkt zu bringen. Ich denke, wir sollten uns immer eingestehen, dass es damals immer mahnend Stimmen gab, die auch heute zu hören sein müssen. Damals waren es Herr Genscher, Herr Kinkel und auch führende Sozialdemokraten. Wir haben lange darum gerungen, ob das der richtige Weg ist. Es muss schon auch möglich sein, hier Kontroversen zu führen, denn **sonst haben wir einen Konsens, der an der Realität wenige Tage darauf zerbricht**, und das möchte ich vermeiden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Angelika Beer (PIRATEN), zur Geschäftsordnung …….….. 8510

Frau Präsidentin! Ich hatte für meine Fraktion beantragt, dass dieser Antrag eigenständig sein und heute in der Sache abgestimmt werden soll, weil er sich auf einen Termin morgen bezieht. Eine Überweisung an den Ausschuss zur Behandlung im November hat keinen Sinn.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay, das nehme ich zur Kenntnis. Wir haben den Antrag soeben mit der Zustimmung sämtlicher Kolleginnen und Kollegen zu einem eigenständigen Antrag erklärt. Dennoch liegt der Antrag auf Ausschussüberweisung vor. Das ist der weitgehendere Antrag. So sieht es unsere Geschäftsordnung vor. Darüber lasse ich jetzt zunächst abstimmen.

Ich werde jetzt also fragen:
Wer den Antrag der Piratenfraktion, Drucksache 18/3477, dem Innenausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die mehrheitlich die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU und FDP.

Wer lehnt diese Ausschussüberweisung ab?

- Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion sowie der Kollege Koch von der CDU-Fraktion, der Kollege Kubicki von der FDP-Fraktion und der Kollege Weber von der SPD-Fraktion.

Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann ist dieser Antrag mehrheitlich dem Innenausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überwiesen worden.

Beschluss:

1. Berichtsanträge Drucksachen 18/3419 und 18/3422 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt

2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3396 an den Finanzausschuss

3. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3404 (neu) und der für selbstständig erklärten Änderungsanträge Drucksachen 18/3474 und 18/3477 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss

4. Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3413 und 18/3421 an den Innen- und Rechtsausschuss

5. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3426 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss

6. Annahme des Antrags Drucksache 18/3425

7. Annahme des Antrags Drucksache 18/2449 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 18/3427

8. Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 18/3340..... 8512

Beschluss:

Alle dem Tagesordnungspunkt unterliegenden Sachanträge wurden an die Ausschüsse überwiesen. Einzig der Antrag der Koalition "Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicher stellen" wurde angenommen.

Top 14, 15, 24, 27, 29, 30, 33, 34, 36, 37, 45 - Flüchtlingspolitik

15.10.2015

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/36/debatten/top_14_ff.html